



Nr. 30

20. September 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

dbb jugend

[Kinder- und Jugendbericht: Jugend fühlt sich von Politik nicht gehört](#)

dbb jugend

[Fandrejewski zur Landtagswahl in Brandenburg: „Glaubt nicht den Populisten!“](#)

dbb senioren

[Tag der Patientensicherheit: Klitzing für mehr Personal](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[Öffentlicher Dienst: Beschäftigte sind unzufrieden](#)

Hamburg

[Öffentlicher Dienst: Zahl der unbesetzten Stellen steigt immer weiter](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Änderung des Personalvertretungsgesetzes geplant](#)

Sachsen

[Pensionsfonds in Gefahr?](#)

Baden-Württemberg

[BBW enttäuscht: Land will an Kostendämpfungspauschale festhalten](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Dialog mit Bundesfinanzminister Christian Lindner: Investitionen gefordert](#)

Deutscher Philologenverband

[Umsetzung des neuen Digitalpakts gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb jugend

## Kinder- und Jugendbericht: Jugend fühlt sich von Politik nicht gehört

**Die Ergebnisse des 17. Kinder- und Jugendberichts sind alarmierend, aber nicht neu. Für die dbb jugend ergibt sich ein klarer Handlungsauftrag.**

„Weil die Gesellschaft immer älter wird, rückt die Politik vor allem die Interessen älterer Menschen in den Fokus, um Mehrheiten zu gewinnen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 19. September 2024 in Berlin. „Das ist ein Problem, auch die Interessen junger Menschen gehören in den Fokus. Die Ergebnisse des Kinder- und Jugendberichts belegen wieder einmal eindrücklich, dass die Politik endlich ihre Hausaufgaben machen muss.“

Den Bericht hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben. In Deutschland leben etwa 22 Millionen Kinder und Jugendliche. Kriege, Klimakrise, aber nach wie vor auch die Auswirkungen der Pandemie – all das belastet junge Menschen, so ein zentrales Ergebnis. „Vor allem sehnt sich die junge Generation nach Si-

cherheit und Orientierung“, unterstrich Fandrejewski. „Dies muss die Politik vermitteln, indem sie zuhört und ihr auf Augenhöhe begegnet. Dazu gehört auch, moderne Kommunikationsplattformen zu nutzen, hier besteht noch Nachholbedarf. Wenn keine Kehrtwende gelingt, profitieren die Populisten mit ihren einfachen Lösungen.“

Die dbb jugend begrüßt ausdrücklich, dass das Bundesfamilienministerium Konsequenzen ziehen will und einen Aktionsplan angekündigt hat. Fandrejewski: „Kinderrechte gehören ins Grundgesetz, weiterhin brauchen wir mehr direkte, flexible und transparente Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Auch die Erhöhung und Verstetigung von Fördermitteln muss zwingend Teil des Pakets sein, um nachhaltige Verbesserungen zu erreichen.“

dbb jugend

## Fandrejewski zur Landtagswahl in Brandenburg: „Glaubt nicht den Populisten!“

**Am 22. September 2024 wählt Brandenburg. Der Vorsitzende der dbb jugend blickt mit Sorge auf die Abstimmung.**

„Die Wahlen in Thüringen und Sachsen waren ein Weckruf für die Demokratie“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 17. September 2024 in Berlin. „Wir leben in schwierigen Zeiten. Da scheint es attraktiv, wenn bestimmte Parteien einfache Lösungen präsentieren. Aber die Realität ist komplex und einfache Lösungen werden der komplexen Realität nicht gerecht. Glaubt nicht den Populisten!“

Fandrejewski verweist auf den Wert der Menschenrechte und der Demokratie. „Von diesen

Grundwerten unserer Gesellschaft profitieren alle. Wer Parteien wählt, die extremistische Positionen vertreten, setzt diese Werte aufs Spiel. Das muss allen bewusst sein.“

Was daraus folgt? „Wählt demokratisch!“, fordert der Vorsitzende der dbb jugend. „Von den demokratischen Parteien erwarte ich, dass sie die Probleme der Menschen ernsthaft anpacken und nachhaltig lösen. Nur so kann es gelingen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

dbb senioren

## Tag der Patientensicherheit: Klitzing für mehr Personal

**Menschen sterben auch in Deutschland an vermeidbaren Behandlungsfehlern. Horst Günther Klitzing, Chef der dbb senioren, fordert mehr Personal und von den Patienten auch Selbstfürsorge.**

Laut Aktionsbündnis Patientensicherheit sterben jährlich etwa 19.000 Menschen an den Folgen vermeidbarer Behandlungsfehler. Gründe dafür können fehlerhafte Diagnosen, falsche Medikation, Dokumentationslücken oder -fehler, Arbeitsüberlastung, aber auch menschliches Versagen sein. „Jeder Fall ist einer zu viel“, sagte Klitzing am 16. September 2024 im Vorfeld des Welttages der Patientensicherheit.

„Deutschland braucht mehr Menschen, die bereit sind, in der Pflege zu arbeiten. Dafür müssen Pflegeberufe deutlich attraktiver werden. Wir setzen uns für Fach- und Nachwuchskräftegewinnung und für bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im medizinischen und pflegerischen Bereich ein“, betonte er. Ein ausreichender Personalspiegel komme nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Patientensicherheit zugute. Fehler entstünden vor allem dort, wo Stress und Arbeitsüberlastung bestehen.

„Doch auch wir Patienten können zur Sicherheit beitragen“, so Klitzing. „Tragen Sie bei-

spielweise eine Liste mit bestehender Medikation, Allergien und Grunderkrankungen bei sich. Nutzen Sie die Möglichkeiten der elektronischen Patientenakte. Seien Sie selbstbewusst gegenüber Ärzten und lassen Sie sich Behandlungen und Medikamentengabe erklären, wenn Sie sich unsicher fühlen.“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den Welttag der Patientensicherheit 2019 ausgerufen. Er wird jedes Jahr am 17. September begangen. Ziel ist es, Strategien zur Vermeidung sogenannter unerwünschter Ereignisse zu erarbeiten und so die Patientensicherheit zu erhöhen. Dazu gehört in erster Linie, aus Fehlern in der medizinischen Behandlung zu lernen. 2024 liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Diagnosen. Mit dem Slogan „Sichere Diagnose. Richtige Behandlung. Gemeinsam für Diagnosesicherheit“ macht auch das Aktionsbündnis Patientensicherheit in Deutschland auf die entscheidende Bedeutung einer korrekten und rechtzeitigen Diagnose für die Gewährleistung der Patientensicherheit und die Verbesserung der Gesundheitsergebnisse aufmerksam.

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

### Öffentlicher Dienst: Beschäftigte sind unzufrieden

**Im öffentlichen Dienst des Landes herrscht große Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen. Das ist das Ergebnis einer Onlinebefragung des dbb saar vor den Sommerferien, an der sich rund 3.000 Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamten beteiligt haben.**

Über 85 Prozent der Befragten nehmen ihre aktuelle Arbeitsbelastung als hoch oder sogar als sehr hoch wahr. Auch sind 72 Prozent mit dem Stand der Digitalisierung in ihrem Bereich weniger oder gar nicht zufrieden. Und 83 Prozent sind mit der Wertschätzung durch ihren Dienstherrn weniger oder gar nicht zufrieden. Hinzu komme, so dbb-Landeschef Ewald Linn am 18. September 2024, dass 74 Prozent nicht

mit der Bezahlung zufrieden sind und 67 Prozent wissen aktuell nicht, ob sie sich für ihren Beruf nochmals entscheiden würden.

In der Gesamtbetrachtung bleibe festzuhalten: Fachkräftemangel, demografischer Wandel, Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und Bürgerdiensten bleiben Herausforderungen, für die die Politik bislang unzureichende Lösungen liefere, kritisierte Ewald Linn. Zudem hätte der Personalabbau durch die Schuldenbremse in

den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass der öffentliche Dienst im Saarland „auf Kante genäht“ sei. Im Saarland seien seit 2013 etwa 1.800 Stellen abgebaut worden. So belastete die steigende Arbeitsbelastung, die schleppende IT-Unterstützung und die abgehängte Bezahlung weiter den Berufsalltag der Beschäftigten. Erschwerend komme hinzu, dass in den nächsten 10 Jahren rund 27 Prozent des Personals durch Ruhestand und Verrentung ausscheiden würden, wodurch eine zusätzliche Personallücke entstehe, die man nicht alleine durch mehr Digitalisierung auffangen könne. Leider sei nicht erkennbar, dass sich diese Situation in absehbarer Zeit verändern werde, stellte der dbb-Landeschef fest.

Nach dem durch die Umfrage dokumentierten desaströsen Stimmungsbild fordert der dbb saar von der Politik umgehende Konsequenzen, um den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht zu werden. Dabei dürften sich, so Linn, die Fehler der

letzten 14 Jahre durch die konsequente Einhaltung der Schuldenbremse mit starker Personalkostenreduzierung nicht wiederholen. Der dbb saar fordert deshalb, die Schuldenbremse zu flexibilisieren, damit der Staat die Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen kann, ohne dass das vorhandene Personal dauerhaft überbelastet werde. Zudem seien für die Weiterentwicklung eines leistungsfähigen und modernen öffentlichen Dienstes nachfolgende Punkte unabdingbar: Stärkung der Daseinsvorsorge und Prüfung eines strukturellen Personalmangels; Aufgabenanalyse als Daueraufgabe; keine zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliches Personal; Masterplan für Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung; Beschleunigung einer flächendeckenden Digitalisierung. Darüber hinaus erwarten die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und nicht der Haushaltslage des Landes entspricht.

## Hamburg

### Öffentlicher Dienst: Zahl der unbesetzten Stellen steigt immer weiter

**Vor kurzem hat der Senat eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) zu personalwirtschaftlichen Fragestellungen und zur Personalsituation im hamburgischen öffentlichen Dienst beantwortet (Drucksache 22/16072). Demnach waren im April 2023 noch 4.046 Stellen im hamburgischen öffentlichen Dienst unbesetzt – im August 2024 ist die Zahl aber auf 4.700 Stellen gestiegen.**

Unbesetzte Stellen gibt es demnach in allen Dienststellen, also in Bezirksämtern genauso wie in Fachbehörden und Assistenzeinheiten des Senats. Insofern muss aus Sicht des dbb hamburg von einem strukturellen Problem gesprochen werden. „Aber natürlich wirken sich die unbesetzten Stellen dann in der Außenwahrnehmung besonders dort aus, wo Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erbracht werden, und das ist vorrangig in den Bezirksämtern der Fall. Gerade in einigen Bereichen mit Kundinnen- und Kundenkontakt sehen wir weiterhin eine hohe Anzahl von Überlastungsanzeigen. An der Spitze steht das Bezirksamt Hamburg Nord mit 9,46 Überlastungsanzeigen pro 100 Beschäftigten. Auch die Anzahl des Krankenstands ist in vielen Bereichen sehr hoch“, hieß es vom dbb hamburg am 17. September 2024.

Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, sagte: „Die Zahlen bestärken den dbb hamburg in seiner langjährigen Einschätzung, dass

sich die Arbeitsbelastung in vielen hamburgischen Dienststellen deutlich erhöht hat. Aus unserer Sicht besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den 4.700 offenen Stellen und der hohen Anzahl an Überlastungsanzeigen und dem Krankenstand. Berücksichtigt man dann noch den zu erwartenden Personalabgang aufgrund der demografischen Entwicklung, so muss leider damit gerechnet werden, dass sich die Situation in der nächsten Zeit weiter zuspitzt. Für den dbb hamburg ist nicht nachvollziehbar, dass der Senat selbst bei den freien 4.700 Stellen nur von einem Ermächtigungsrahmen spricht, da nach unserem Kenntnisstand seit der Umstellung auf die Doppik alle Stellen auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt sind. Insofern muss es aus unserer Sicht auch für diese unbesetzten Stellen einen konkreten Bedarf geben, weil sonst die Veranschlagung nicht korrekt wäre.“

Der dbb hamburg fordert alles zur Besetzung der freien Stellen zu tun, um damit die Arbeitsbelastung zu verringern und dadurch auch den

Krankenstand zu senken. „Wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen um die Attraktivität des hamburgischen öffentlichen Dienstes zu erhöhen“, so Treff. „Deshalb fordern wir unter anderem: Konkurrenzfähige Entgelte und endlich eine amtsangemessene Alimention; Moderne Arbeitsplätze und eine die Aufgabenerledigung

unterstützende Arbeitsplatzausstattung; Digitalisierungsvorhaben, die zu einer Entlastung der Kolleginnen und Kollegen führen; Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten durch den Abbau bestehender rechtlicher Hemmnisse; Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; flexible Arbeitszeitmodelle.“

## Mecklenburg-Vorpommern

### Änderung des Personalvertretungsgesetzes geplant

**Der Landtag beabsichtigt, das zuletzt Ende Dezember 2019 geänderte Personalvertretungsgesetz in einem ersten Schritt vor einer umfassenden Novellierung punktuell zu ändern. Das teilte der dbb m-v am 18. September 2024 mit.**

Zum einen sind durch Bundesgesetzgebung einzelne Regelungen für die Personalvertretungsrechte der Länder zu entfristen. Zum anderen sollen digitale Personalratssitzungen ermöglicht werden. Darüber hinaus sind allein im Bildungsbereich strukturelle Veränderungen beabsichtigt, die auch das Gruppenprinzip im Bereich der Lehrkräfte beinhalten.

Diesen Punkt im geplanten Gesetzesentwurf lehnt der dbb m-v kategorisch ab und hat das in seiner Stellungnahme gegenüber dem Innenausschuss des Landtages deutlich gemacht. Die Vertretung der Beschäftigteninteressen im Personalrat durch spezielle Vertreter der Statusgruppe Beamte einerseits und der Statusgruppe Arbeitnehmer andererseits ist gelebtes Recht und hat sich in mehreren Jahrzehnten bewährt. Die Rechtsverhältnisse dieser Statusgruppen unterscheiden sich – trotz

teilweiser Überschneidungen – bereits aus verfassungsrechtlichen Gründen massiv.

Das Gruppenprinzip dient einer effizienten Personalratsarbeit und damit der effektiven Vertretung der Interessen der Beschäftigten. Die Meinung von „Spezialisten“ in speziell ihre Statusgruppe betreffenden Angelegenheiten darf nicht von anderen, nicht der Gruppe angehörenden Personalratsmitgliedern – aus Unkenntnis oder mangelnder Solidarität mit dieser Gruppe oder auch aus Rivalität mit den eigenen abweichenden Gruppeninteressen – überstimmt werden. Daher befürwortet der dbb m-v die Beibehaltung des Gruppenprinzips und die damit verbundene Abstimmung über Gruppenangelegenheiten in der Gruppe – und damit unter Umständen gegen die Personalratsmehrheit.

## Sachsen

### Pensionsfonds in Gefahr?

**Die SPD-Landtagsfraktion hat erneut ein Auge auf den Pensionsfonds der sächsischen Beamtinnen und Beamten geworfen. Das teilte der SBB am 19. September 2024 mit.**

Ein entsprechendes Gutachten bemängelt, dass der Begriff „auskömmlich“ hinsichtlich der Finanzierung des Pensionsfonds nicht ausreichend definiert sei – und die SPD wolle auf dieser Grundlage offenbar in den anstehenden Koalitionsverhandlungen wohl Sparmaßnahmen durchsetzen.

„Es verwundert uns nicht, dass auch diesmal der Generationenfonds, also der Pensionsfonds für Sachsens Beamte, oder zumindest die Zuführung zu diesem, als vermeintlich leicht zu melkende Kuh aus dem Hut gezogen

wird“, so die SBB Vorsitzende Nannette Seidler. Der Generationenfonds sei aber eingerichtet worden, weil zukünftige Generationen nicht mit den jetzt entstehenden, aber in der Zukunft absehbar fälligen Pensionsansprüchen belastet werden sollen. Seidler: „Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen Entwicklung kann doch niemand ernsthaft wollen, dass ein zukünftiges Sachsen mit voraussichtlich deutlich weniger Erwerbstätigen und damit geringeren Steuereinnahmen, die heute eingegangenen Verpflichtungen aus dem dann zur Verfügung stehenden laufenden Haushalt

zahlt. Aus der Tatsache, dass andere Bundesländer dies nicht in gleicher Weise tun, abzuleiten, dass der sächsische Weg damit ein „zu

guter“ oder gar falscher Weg wäre, ist doch absurd. Ich möchte das meinen Kindern und Enkeln nicht erklären müssen.“

## Baden-Württemberg

### **BBW enttäuscht: Land will an Kostendämpfungspauschale festhalten**

**Enttäuscht hat der BBW das Vorhaben der Landesregierung zur Kenntnis genommen, mittels Gesetzesänderung im Haushaltsbegleitgesetz 2024/2025 die Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht des Landes beizubehalten. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatte im März 2024 die Kostendämpfungspauschale – als weitere Sparmaßnahme des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 – aus formellen Gründen für rechtswidrig und damit für unwirksam erklärt.**

Aufgrund des BVerwG-Urteils hatte der BBW die Landesregierung Ende März 2024 aufgefordert, im baden-württembergischen Beamten- und Versorgungsbereich die jährliche Eigenbeteiligung bei Krankheitskosten zur Kostendämpfung der Beihilfe umgehend abzuschaffen und dem positiven Signal vieler Bundesländer zu folgen. Mit Bedauern habe man aber jetzt zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Landesregierung auf dieses Sparinstrument zulasten Kranker nicht verzichten will: Im Entwurf eines neuen Haushaltsbegleitgesetzes hat die Landesregierung nun vorgesehen, durch eine entsprechende Neuregelung im Landesbeamtengesetz die unwirksame Erhöhung der Kostendämpfungspauschale, die seit 2013 gilt, rückwirkend zu „heilen“. Dies bedeutet, dass es keine Rückzahlung der Kostendämpfungspauschale geben soll, obwohl seit 2013 die gesetzliche Grundlage für die entsprechende Regelung der Beihilfeverordnung gefehlt hat. Stattdessen soll nun die Kostendämpfungspauschale mit gleichem Inhalt und

gleicher Höhe per Gesetz für die Vergangenheit ab 2013 und für die Zukunft zementiert werden.

Beim BBW hat man erhebliche Zweifel, ob der Weg, den das Land einschlagen will, um die Kostendämpfungspauschale rückwirkend rechtssicher im Landesbeamtengesetz zu verankern, einer rechtlichen Prüfung standhält. Schließlich habe das BVerwG in seiner Urteilsbegründung klar dargelegt, dass es an einer ausreichenden gesetzlichen Ermächtigunggrundlage fehle, die auch nicht nachträglich geschaffen werden könne. Schwerwiegender sei jedoch, dass das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Recht und Staat ins Wanken gerät, wenn gerichtliche Rügen nicht zur Rücknahme von Fehlern führen, sondern der rechtliche Rahmen aus- beziehungsweise überreizt wird. Der BBW appelliert deshalb erneut an die Politik, die Kostendämpfungspauschale vollständig abzuschaffen.

## BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

### **Dialog mit Bundesfinanzminister Christian Lindner: Investitionen gefordert**

**Bundesfinanzminister Christian Lindner und BDZ Bundesvorsitzender Thomas Liebel – zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) – sind zu einem offenen und konstruktiven Dialog in Berlin zusammengekommen. Schwerpunkte des Gesprächs waren die Haushaltsaufstellung 2025 sowie die demografischen Herausforderungen der Bundesfinanzverwaltung.**

Thomas Liebel bedankte sich eingangs für die Unterstützung des Ministers hinsichtlich der Umsetzung besserer Schutzmechanismen zur Prävention gewaltsamer Übergriffe auf Beschäftigte der Zollverwaltung. Auf Basis einer zwischen dem Minister und Thomas Liebel unterzeichneten Nulltoleranzklärung bei Gewalt

gegenüber Beschäftigten der Bundesfinanzverwaltung wurde seitens der Generalzolldirektion ein umfangreiches Gewaltschutzkonzept erstellt, welches konkrete Maßnahmen – z.B. in Form von Handlungshilfen für alle Zöllnerinnen und Zöllner – vorsieht.



Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2025 steht noch unter dem Vorbehalt einer Bestätigung im parlamentarischen Verfahren. Gleichwohl zeichnen sich notwendige Investitionen für die gesamte Bundesfinanzverwaltung ab, die bereits in vorangegangenen Abstimmungsgesprächen seitens des Bundesfinanzministers gegenüber dem BDZ zugesagt und mit dem aktuellen Haushaltsentwurf auf den Weg gebracht werden sollen. Dabei sollen in der Zollverwaltung die Ausgaben von 3,2 auf 3,3 Milliarden Euro ansteigen, der Großteil davon sind Personalausgaben. In diesem Zusammenhang wird angestrebt, dass 1.039 Stellen beim Zoll zur Übernahme zusätzlich ausgebildeter Anwärterinnen und Anwärter sowie für weiteres Personal ausgebracht werden, um den Zoll als Bestandteil der Sicherheitsarchitektur weiter zu stärken.

Einen Ausgabenanstieg soll es bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben geben, diese sollen 2025 um 220 Millionen Euro höher bei 835 Millionen Euro liegen. Die Investitionen sollen um 62 Millionen Euro auf 188 Millionen Euro steigen. Der BDZ erhofft sich dadurch wichtige Investitionen in Digitalisierungsvorhaben, die technische Ausrüstung sowie verbessertes Einsatzmaterial.

Für das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF), das im Rahmen des Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes geschaffen werden soll, das noch nicht vom Plenum des Bundestags beschlossen ist, sind für 2025 Gesamtausgaben von 179 Millionen Euro vorgesehen. Die Zahl der Stellen in der neuen

Anti-Geldwäschebehörde soll auf 983 ansteigen. Die Ausgaben für das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) sollen um 70 Millionen auf 892 Millionen Euro steigen, bei unveränderter Stellenzahl. Ein weiterer größerer Ausgabenposten ist das Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund). Hier sind 1,5 Milliarden Euro an Ausgaben vorgesehen.

Der demografische Wandel und der damit einhergehende zunehmende Fachkräftemangel erschweren es, geeignetes Personal zu finden und dieses dauerhaft an die Bundesfinanzverwaltung zu binden. Daher sind auch die Anforderungen, welche die Personalvertretungen auf den unterschiedlichsten Ebenen zur Verbesserung der dienstlichen Rahmenbedingungen stellen, im Wandel und werden zudem vielfältiger. Hinzu kommen die Chancen der Digitalisierung, die insbesondere im Bereich des mobilen Arbeitens einen Schub in der Coronapandemie erfahren hat und durch geeignete Rahmenbedingungen und Dienstvereinbarungen innerhalb der Bundesfinanzverwaltung unterstützt wird. Thomas Liebel verdeutlichte daher in dem Gespräch, dass der bewusste Umgang mit Vielfalt und eine zunehmende Orientierung an Lebensphasen, unter anderem zur Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, wirkungsvolle Antworten auf die Auswirkungen des demografischen Wandels sind. Diese gelte es nicht nur kontinuierlich zu beobachten, sondern ihnen mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen. Allein die tatsächliche Ausschöpfung der vorhandenen laufbahn- und besoldungsrechtlichen Möglichkeiten würde ein Signal in die richtige Richtung bedeuten, betonte Liebel.

## Deutscher Philologenverband Umsetzung des neuen Digitalpakts gefordert

**Angesichts der sich immer weiter verzögernden Fortsetzung des Digitalpakts drängen der Deutsche Philologenverband (DPHV) und die Gesellschaft für Informatik (GI) auf eine baldige, aber vor allem gute Einigung zwischen Bund und Ländern.**

Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Linktzing sagte am 17. September 2024: „Es ist mittlerweile 5 nach 12! Von immer mehr Schulen erreichen uns besorgniserregende Nachrichten über den Zustand der digitalen Infrastruktur. Viele Geräte sind nicht mehr auf dem aktuellen Stand und werden nicht gewartet. Schulen brauchen eine professionelle Administration. Wenn wir in jedem Bundesland den modernen Bildungsstaat umsetzen wollen, müssen auch die entsprechenden Mittel zur

Verfügung gestellt werden. Dies wird bei einer 90:10-Finanzierung (90 Prozent zahlen die Bundesländer, 10 Prozent der Bund) nicht von jedem Bundesland gewährleistet werden können. Die Ermöglichung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt damit auf der Strecke. Das können wir als Ziel der Bildungspolitik im Interesse der Schüler und ihrer Lehrkräfte nicht nachzuvollziehen. Dieses Pingpong zwischen Bundesbildungsministerium (BMBF) und

Kultusministerkonferenz (KMK) muss aufhören.“

GI Präsidentin Christine Regitz sagte: „Eine belastbare digitale Infrastruktur ist die Voraussetzung für erfolgreiche Bildung im 21. Jahrhundert und die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Deutschland. Ich kann nur an alle Beteiligten appellieren, zu einer guten und raschen Lösung zu kommen. Qualifizierter Unterricht braucht zeitgemäße Rahmenbedingungen und die notwendige technische Ausstattung. Das gilt darüber hinaus für die Einführung des Faches Informatik und die Qualifizierung der Lehrkräfte ganz besonders und schließt eine

Vereinheitlichung der Prüfungsanforderungen und einen deutlichen Schub bei der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung ausdrücklich mit ein.“

DPhV und GI setzen sich gemeinsam für ein Pflichtfach Informatik ein. Wichtig sei dabei, dass tatsächlich das Fach Informatik mit seiner universitären Bezugsdisziplin an den Schulen etabliert wird und nicht stattdessen variabel zusammengesetzte „Medienverbundfächer“, für die keine universitäre Bezugsdisziplin existiert. Das Fach Informatik müsse also ein gleichwertiges Unterrichtsfach sein, damit es auch als gleichrangiges Prüfungsfach gewählt werden kann.

## ***Namen und Nachrichten***

Am 12. September 2024 traf sich der auf dem Gewerkschaftstag im Mai neu gewählte Vorstand des **DBB NRW** zum Antrittsbesuch bei der CDU-Fraktion im Landtag in Düsseldorf. Am 19. September folgte ein Treffen mit der FDP-Landtagsfraktion. Im intensiven Austausch wurden verschiedene Positionen, insbesondere mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde 2025, diskutiert. Dabei stand auch die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Mittelpunkt. Weiterhin wurden die Themen Besoldung, Versorgung, Laufbahnrecht, Jobrad, Arbeitszeit (Bagatellgrenze) angesprochen sowie bereits konkrete Überlegungen zur Modernisierung und Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes diskutiert.

Das Thüringer Finanzministerium (TFM) übernimmt künftig die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung bei Verbeamtung auf Probe und auf Lebenszeit. Das TFM beendet damit seine jahrzehntelange Praxis, diese nicht unerheblichen Kosten durch die Beamtenanwärter und Beamten übernehmen zu lassen. Der **tbb** hatte dies immer wieder angemahnt – gerade auch hinsichtlich der Tatsache, dass alle anderen Ressorts diese Kosten selbstverständlich übernommen haben. Zuletzt konnte der **tbb** eine einheitliche Vorgehensweise aller Ressorts hierzu als Festlegung im Personalentwicklungskonzept PEK 2035 erreichen. Nunmehr lenkte das Ressort ein.

### **Termine:**

01. Oktober 2024

**8. Seniorenpolitische Fachtagung**  
**„Nie zu alt für Neues – Lernen ohne Limit“**  
Weitere Informationen unter [www.dbb-senioren.de](http://www.dbb-senioren.de)

09. Oktober 2024

**Pressekonferenz**  
**„Forderungen zur Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen“**  
Weitere Informationen folgen.

12. November 2024

**34. Europäischer Abend**  
**„USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung“**  
Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)